

Die Geburt des Staates Israel, die Genozid-Konvention und die Juden Europas

Julien Lumière, orientxxi.info, 29.04.26

Bevor der Staat Israel den Völkermord an den Juden zum Eckpfeiler seiner nationalen Geschichtsdeutung machte, zeigte er große Zurückhaltung gegenüber dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Genozids, obwohl dies direkt aus der Ermordung von sechs Millionen Juden in Europa während des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen war. Seine Vorbehalte hingen sowohl mit den Entstehungsbedingungen des Staates Israel als auch mit der zionistischen Ideologie selbst zusammen.

Nie hatte sich der Zionismus stärker vom Judentum unterschieden als zum Zeitpunkt des Völkermords an den jüdischen Gemeinschaften in Europa. Ben Gurion betonte immer wieder: Das Ziel der *Jewish Agency* war nicht die Rettung der von der Vernichtung bedrohten Juden, sondern der Aufbau des Staates Israel.

In der Geschichte der europäischen Juden ist 1948 nicht nur deshalb ein bedeutendes Jahr, weil der Staat Israel am 14. Mai seine Unabhängigkeit erklärte. Es ist auch das Jahr, in dem am 9. Dezember die Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes unterzeichnet wurde. Sie ist Raphaël Lemkin zu verdanken, einem polnischen Juden, der während des Krieges in die Vereinigten Staaten emigrierte. Er war ihr Hauptverfasser und unermüdlicher Förderer.

Lemkin hätte sich nicht vorstellen können, dass das Telegramm, das er um den 13. November 1949 an Premierminister David Ben-Gurion sandte, um ihn zu drängen, den Staat Israel zur Ratifizierung der Konvention zu bewegen, unberücksichtigt bleiben würde. Der Text zielte gerade darauf ab, ein Verbrechen zu verhindern und zu bestrafen, das im Urteil des Nürnberger Tribunals nicht namentlich genannt worden war, dort waren lediglich die Begriffe Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit berücksichtigt worden. Der Anwendungsbereich des Übereinkommens orientierte sich direkt an den verschiedenen Arten von Verbrechen, die während des Zweiten Weltkriegs begangen wurden. Mehr noch, Lemkin bezeichnete es als mit „jüdischem Blut bezahlt“:

„Die Ratifizierung durch Israel während der aktuellen Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen wird andere Nationen dazu bewegen, dieses Übereinkommen ebenfalls zu ratifizieren, da es mit dem Preis jüdischen Blutes entstanden ist; die Ratifizierung durch Israel wird somit der ganzen Welt als Symbol dienen und verdeutlichen, wie das größte Leid durch Gerechtigkeit und ein neues, humaneres Völkerrecht gesühnt wurde.“¹

Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um Lemkins Bitte nachzukommen; er konnte vor allem auf die Saudis und andere arabische und muslimische Diplomaten zählen, die sich für seine Sache einsetzten. Denn Ben-Gurions Schweigen zeugte nicht nur von seiner persönlichen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der europäischen Juden: Es spiegelte auch die Vorbehalte der Zionisten gegenüber der Unterzeichnung der Konvention selbst ein Jahr zuvor wider.

Im Widerspruch zum Zionismus

Man muss sagen, dass die israelische Haltung keine Ausnahme darstellte: Die meisten Großmächte standen Lemkins Text zurückhaltend gegenüber. Die Vereinigten Staaten, weil sie ihr nationales Selbstverständnis nach Hiroshima und Nagasaki verteidigten; die Sowjetunion, weil sie Massenverschleppungen, Morde und Unterdrückung einsetzte; China wegen der Präsenz regimekritischer politischer Gruppen und schließlich Frankreich, das sich dagegen wehrte, dass seine kolonialen Praktiken als Verbrechen angesehen wurden.

Im Falle des Staates Israel war das Blut der Nakba noch nicht versiegt, da riskierte die Führung des jungen Staates, sich durch die Unterzeichnung des Übereinkommens für die Zukunft die Hände zu binden, obwohl ihre territorialen Ambitionen noch lange nicht erfüllt waren. Denn zum ersten Mal durchbrach ein Übereinkommen den Schleier der nationalen Souveränität, indem es staatliche Akteure für die Misshandlung ihrer Minderheiten zur Verantwortung zog. Es verletzte nicht nur direkt das Wesen des Staates Israel, der seine arabische Minderheit anders behandelte, sondern stellte vor allem den Erfolg des Zionismus in Palästina in Frage, indem es dessen militärische Operationen de jure unter Strafe stellte.

Die ethnische Säuberung, die die gewaltsame Vertreibung der Bevölkerung und die Zerstörung ihrer traditionellen Lebensweise beinhaltet – kurz gesagt, alles, was während der Nakba geschehen war –, war jedoch in den Debatten nicht berücksichtigt worden². Mehr noch, ein von Syrien durch seinen Delegierten im Gesetzgebungsausschuss, Salaheddine Tarazi, vorgeschlagener Änderungsantrag, der die Araber Palästinas direkt betraf, war ebenfalls abgelehnt worden. Damaskus hatte nämlich beantragt, zusätzlich zu Frieden und Krieg als Kontexte, in denen ein Völkermordverbrechen in die Zuständigkeit des Gerichtshofs zur Ahndung von Völkermord fallen würde, den Zusatz „oder zu jedem beliebigen Zeitpunkt“ aufzunehmen.

Denn „der Feldzug in Palästina war kein Krieg; und man kann nicht sagen, dass er in Friedenszeiten stattfand. Dennoch begingen die Zionisten während dieses Feldzugs Gräueltaten gegen die Araber, und diese Verbrechen verdienten es, bestraft zu werden“ 3

Tatsächlich war die israelische Haltung weniger wegen der arabischen Frage als vielmehr wegen des jüdischen Problems von Bedeutung. Denn was die Zionisten an der Spitze des neuen Staates an dieser Konvention viel mehr beunruhigte, war, dass sie implizit den Zionismus selbst in Frage stellte, der ein Grundprinzip hatte, nämlich die jüdische Diaspora zur Quelle der Unterlegenheit und der politischen Verletzlichkeit der jüdischen Bevölkerung zu machen.

Nie hatte sich der Zionismus stärker vom Judentum unterschieden als zum Zeitpunkt des Völkermords an den jüdischen Gemeinschaften in Europa. Ben Gurion betonte immer wieder: Das Ziel der *Jewish Agency* 4 war nicht die Rettung der von der Vernichtung bedrohten Juden, sondern der Aufbau des Staates Israel. Juden zu retten, um sie vor Ort zu lassen oder in andere Länder zu schicken, war Aufgabe philanthropischer Institutionen wie des Jüdischen Weltkongresses, des *American Jewish Congress* oder des *Joint Distribution Committee*. Ben Gurion sagte es ganz offen: „Die Katastrophe, mit der das europäische Judentum konfrontiert ist, geht mich nichts an.“

„Wie Lämmer im Schlachthof“

Lemkin rechnete keineswegs mit der tiefen Verachtung der Zionisten in Palästina für die von der Auslöschung bedrohten Juden Europas. Natürlich konnte der Jischuw [jüdische Bevölkerung des Mandatsgebiets Palästina] sie ohnehin nicht alle retten. Also mussten sie ausgewählt werden. Für das zionistische Projekt lauteten die Kriterien: Priorität für Kinder, „weil sie das beste Material für den Jischuw sind. Es ist notwendig, die Pionierjugend zu retten, insbesondere jene, die von der Ausbildung profitiert haben und von der Geisteshaltung her fähig sind, den Zionismus zum Erfolg zu führen.“ Aber auch die zionistischen Führer, als Belohnung für ihre Leistungen für die Bewegung.

Die deutsche Gemeinde war diejenige, die unter den Zionisten auf die größte Ablehnung stieß. Nach der Aussage eines Vertreters des Rettungskomitees – der Name des Komitees zur Unterstützung von Flüchtlingen in Polen, das von der *Jewish Agency* gegründet wurde – „konnten wir zugunsten deutscher Juden handeln, solange sie einen Vorteil darstellten und mit ihrem Eigentum kamen 6. Die aktuellen Flüchtlinge stellen diesen Vorteil nicht mehr dar, da sie mit leeren Händen eintreffen. Deshalb haben sie dem Jischuw nichts zu bieten.“ Umso mehr, da die Zionisten wussten, dass die deutschen Juden besonders zögerten, einen jüdischen Staat zu schaffen. Sie tadelten sie auch für „eine totale Entfernung, manchmal eine

Feindseligkeit gegenüber dem Land Israel; eine respektlose Haltung gegenüber allem Jüdischen und Hebräischen."

Doch die Abneigung der Zionisten, alle Juden Europas willkommen zu heißen, rührte daher, dass der Judeozid vor allem eine jüdische Niederlage symbolisierte. Die Opfer waren verflucht, weil sie sich hatte ausrotten lassen, ohne sich zu verteidigen, anstatt „ehrentvoll zu sterben“. So erfüllte die Tatsache, dass die Juden Polens „in ihren Seelen nicht den Mut gefunden hatten, sich zu verteidigen“, Yitzhak Gruenbaum, einen der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel, mit einer „verletzenden Demütigung“. Sie hatten „das Leben eines Hundes einem ehrenvollen Tod vorgezogen“⁷. Einige Zeit später platzte er heraus: „Die Menschen sind zu Müll geworden.“ Hören wir auch dem Fallschirmjäger der Palmach, einer zionistischen Miliz während der Mandatszeit Palästinas, Yoel Palgi, zu, der 1945 von einer Mission in Ungarn zurückkehrte. Er schildert die Reaktionen auf seine Erlebnisse in einem Tel Aviver Veteranenverein:

„Überall, wo ich hinging, wurde die Frage gestellt: „Warum haben die Juden nicht rebelliert? Warum gingen sie wie Lämmer zum Schlachthof? Mir wurde plötzlich klar, dass wir uns für diejenigen schämten, die gefoltert, erschossen und verbrannt worden waren. Es herrscht eine Art Konsens darüber, dass die Toten des Völkermords wertlose Menschen waren. Unbewusst hatten wir die nationalsozialistische Vision akzeptiert, nach der die Juden unmenschlich seien. Die Geschichte spielt uns einen sehr bitteren Streich: Haben wir die sechs Millionen Toten nicht selbst vor Gericht gestellt?“

Ein verspätetes Propagandainstrument

Die israelische Führung verfolgte aufmerksam die Arbeit der siebten Sitzung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, die sich der Völkermordkonvention widmete und am 25. und 26. August 1948 stattfand. Doch der Begriff „Völkermord“ wurde in ihrer internen Kommunikation zu diesen Verhandlungen nie verwendet. Viel wichtiger war die Gelegenheit für den Staat Israel, der erst im Mai 1949 von den Vereinten Nationen anerkannt wurde, in einem „der wichtigsten Organe der UN“ „einen ersten offiziellen Auftritt auf der internationalen Bühne Westeuropas“ zu haben. Seine Teilnahme „könnte ein nützlicher erster Schritt“ für die nächste Sitzung der Generalversammlung in Paris sein⁸ und helfen, eine „totale arabische Kontrolle über ein UN-Gremium“ zu verhindern.⁹

Die Angst der israelischen Führung beruhte auf dem Aufstieg nationalistischer und antikolonialer Bewegungen in der arabischen Welt jener Zeit. Dagegen kümmerte sie sich nicht länger um die Konvention nach deren Anerkennung. Ihre Priorität war die palästinensische Frage in all ihren Ausprägungen, insbesondere das Risiko eines palästinensischen Staates.

Dennoch war Völkermord eines der „Randprobleme“, die bei der Verfolgung der Gesamtstrategie des zionistischen Staates nicht übersehen werden sollten. So erklärte Jacob Robinson, Rechtsberater der *Jewish Agency*, am 4. September 1948: „Die Debatte über Völkermord kann eine ausgezeichnete Gelegenheit sein, das Schicksal der Juden in den östlichen Ländern [d. h. dem Ostblock] zu thematisieren.“ Ebenso „könnte man die Praxis arabischer Länder gegenüber den jüdischen Gemeinden verurteilen, um arabische Ansprüche gegen Israel zu kontern.“ Doch das reichte nicht aus, um das israelische Interesse an der Angelegenheit zu wecken: In den Archiven gibt es keine Spur seiner Teilnahme an der Sitzung zur Annahme der Konvention am 9. Dezember 1948. Die Sitzungen, Berichte und Arbeitsdokumente des Außenministeriums erwähnen das Projekt nicht.

Für Tel Aviv stellte die Völkermordkonvention eine ausschließlich jüdische Sache dar, wie Außenminister Moshe Sharett (1948–1956) bezeugt. Vor der Knesset, präsentierte er die Konvention in der ersten Debatte nach dem Umzug nach Jerusalem, die – eine Ironie der Geschichte – damit die UN-Resolution 181 verletzte 10, folgendermaßen:

„Erstens gibt es eine Konvention über das, was man „Völkermord“ nennt – die Vernichtung einer Rasse. Sie ist eine direkte Konsequenz aus dem jüdischen Holocaust in Europa, und es ist die Idee eines Juden, dessen Name Lenkin [sic] ist, der bewirkte, dass es – um Himmels willen – als ein Verbrechen gilt, eine Person aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe abzuschieben oder zu deportieren. Ich nehme an, wir halten uns an diese Konvention.“

Die Unterzeichnung sollte symbolisch bleiben, denn zu diesem Zeitpunkt hatten Robinson und Ezekiel Gordon, ebenfalls Jurist, bereits ihre Zurückhaltung gegenüber der Aussicht auf eine israelische Ratifizierung geäußert. Das Übereinkommen wurde jedoch am 9. März 1950 angenommen, doch der Staat Israel bemühte sich nicht, es von anderen Staaten ratifizieren zu lassen. Mit Inkrafttreten wurde auch jede Diskussion über die Natur der beteiligten Gruppen vermieden, da das Gesetz die Definition von Völkermord einfach umformulierte und sich auf „Verbrechen gegen das jüdische Volk“ bezog.

Dennoch sollte die Unterzeichnung des Übereinkommens es dem Staat Israel ermöglichen, seinen Status als vollwertiges Mitglied der „internationalen Gemeinschaft“ zu bestätigen, indem es seinen souveränen und legitimen Status betonte. Als jüdische Sache sollte es „als Propagandamittel dienen“, wie ein Mitglied der Knesset bemerkt hatte. Der Völkermord selbst diente nachträglich als Quelle für das Gedenken an den „heldenhaften Kampf“ der zionistischen Juden um die Eroberung des „Landes Israel“. Außerdem mussten die Debatten über den Völkermord verschoben werden: „Je weniger wir reden, desto schneller kommen wir voran“ 11.

1 Rotem Giladi, *Jews, Sovereignty, and International Law: Ideology and Ambivalence in Early Israeli Legal Diplomacy*, *The History and Theory of International Law*, Oxford, 2021.

2 Weitere Einzelheiten zu den Diskussionen über die rechtliche Unterscheidung zwischen ethnischer Säuberung und Völkermord finden sich bei Bernard Bruneteau, „Völkermord. Origines, enjeux et usages d’un concept“, *Journal of Modern European History*, Bd. 5, Nr. 2, *Multi-Ethnic Empires and the Military: Conscription in Europe between Integration and Desintegration, 1860–1918* (2007), S. 190–191.

3 Zitiert in: John Cooper, *Raphael Lemkin and the struggle for the Genocide Convention*, Palgrave MacMillan, 2008.

4 Die Jewish Agency, eine 1929 gegründete zionistische Organisation, war das Exekutivorgan der Weltzionistischen Organisation im britischen Mandatsgebiet Palästina.

5 Tom Segev, *Die siebte Million*, Liana Levi, 1993. Sofern nicht anders angegeben, stammen die folgenden Zitate alle aus diesem Buch.

6 Anmerkung des Autors: Dies war im Zusammenhang mit dem Haavara-Abkommen mit den Nazis von 1933 der Fall, das die Überführung deutscher Juden nach Palästina erleichtern sollte.

7 Yosef Gorny, *The Jewish Press and the Holocaust, 1939–194. Palestine, Britain, the United States, and the Soviet Union*. Cambridge University Press, 2011.

8 Anmerkung der Redaktion: Sitzung der Generalversammlung in Paris 1948, bei der die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte angenommen wurde.

9 Rotem Giladi, op. cit. Sofern nicht anders angegeben, stammen alle nachfolgenden Zitate aus derselben Quelle.

10 Anmerkung der Redaktion: Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Plan zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Jerusalem steht unter internationaler Kontrolle.

11 Thomas Vescovi. *L’Échec d’une utopie : Une histoire des gauches en Israël*, La Découverte, 2021.

Quelle: <https://orientxxi.info/La-naissance-d-Israel-la-Convention-sur-le-genocide-et-les-juifs-d-Europe>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de